

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 14. Juni 2024



In dieser Ausgabe

Grundsicherung statt
Bürgergeld

Lieferkettensorgfalts-
pflichtengesetz

Leistungen für
Asylbewerber senken

BAföG auf die Höhe der
Zeit bringen

Kein Verbrennerverbot

Besuch Berliner Tafel

Europa- und
Kommunalwahlen

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die CDU ist bei der Kommunal- und Europawahl als klarer Sieger hervorgegangen. Das ist den guten Programmen der CDU-Ortsverbände für deren Gemeinden, dem Einsatz unserer Kandidatinnen und Kandidaten und den vielen helfenden Händen zu verdanken. Sie alle haben in den letzten Wochen ihren entscheidenden Beitrag zum Erfolg und zum wieder wachsenden Zuspruch für die CDU beigetragen. Vielen herzlichen Dank dafür.

Betroffen gemacht haben uns zuletzt allerdings die Geschehnisse in Mannheim und der Mord an einem jungen Polizisten. Wir fordern von der Ampel entschiedenes Handeln: die Bundesländer brauchen jede mögliche Unterstützung, um abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Herkunftsländer zurückführen zu können. Wir brauchen Antworten darauf, wie mit schweren Straftätern und Gefährdern umzugehen ist, die ausreisepflichtig sind, freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren könnten, aber eine Abschiebung nicht möglich ist.

Aufrechterhaltung der deutschen Grenzkontrollen, eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, eine Senkung der Leistungen für Asylbewerber – diese Punkte haben wir diese Woche ebenfalls im Plenum eingebracht. Darüber hinaus hat der Bundestag u. a. über unseren Gesetzentwurf zum Lieferkettengesetz sowie unseren Antrag zum BAföG debattiert.

Mehr zu diesen sowie weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder unter www.cducsu.de.

Alles Gute


Ihr Hermann Färber

»»» GRUNDSICHERUNG STATT BÜRGERGELD

Einer der anzugehenden Punkte muss die Abschaffung des sogenannten Bürgergelds sein. Viele Menschen haben den Eindruck, dass sich Arbeit nicht mehr für alle lohnt und die Fleißigen bestraft werden. Das Bürgergeld hat nicht dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Im Gegenteil: Die Zahl der Bürgergeldempfänger steigt steil an und hat einen neuen Höchststand erreicht.

Dem gescheiterten Bürgergeld stellen wir unser Konzept der „Neuen Grundsicherung“ gegenüber. Wir sind der Überzeugung: Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig.

Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil: Sie alimentiert und lähmt damit die Eigenständigkeit der Menschen. Frustriert sind die, die tagtäglich zur Arbeit gehen. Dies schwächt die Bereitschaft zur Solidarität. Mit der Einführung des Bürgergelds wurden Anreize gegen eine Arbeitsaufnahme gesetzt. Wir fordern eine Abschaffung des Bürgergelds und die Einführung einer „Neuen Grundsicherung“, um die Anreize zu erhöhen, Arbeit aufzunehmen.



[Hier geht's direkt zur Aktuelle Stunde](#)

Schwerpunkte der Sitzungswoche

GESETZENTWURF ZUM LIEFERKETTENSORGFALTPFLICHTENGESETZ



Bundesminister Robert Habeck hat sich in der vergangenen Woche dafür ausgesprochen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz) für zwei Jahre auszusetzen. Mit unserem Gesetzesentwurf geben wir ihm die Gelegenheit, seinem eigenen Vorschlag auch mit entsprechendem Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen.

Das deutsche Lieferkettengesetz vom 16. Juli 2021 verpflichtet seit dem 1. Januar 2023 Unternehmen ab einer bestimmten Größe, Sorgfaltspflichten in Bezug auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu beachten.

Die EU hat im Sommer 2024 eine EU-weite Lieferkettenrichtlinie beschlossen. Diese ist innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umzusetzen. Diese Richtlinie geht allerdings in verschiedenen Bereichen über das Lieferkettengesetz hinaus. So enthält sie beispielsweise erweiterte Sorgfaltspflichten, zivilrechtliche Haftung und andere Unternehmensgrößen.

Es ist demnach also unsinnig, an Verpflichtungen aus dem deutschen Lieferkettengesetz festzuhalten, während sich die Unternehmen bereits auf die neuen Verpflichtungen aus der europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten. Dies wäre eine vermeidbare Mehrbelastung und hätte einen nicht gerechtfertigten Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt zur Folge. Für die CDU/CSU ist es erfreulich, dass der Bundeswirtschaftsminister unsere Forderung aufgegriffen hat, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen. Unser Gesetzesentwurf stellt einen dringend erforderlichen Beitrag zum Abbau von Bürokratie und gegen die Doppelbelastung deutscher Unternehmen dar.



»»» LEISTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER SENKEN UND RECHTLICHE SPIELRÄUME NUTZEN

Deutschland wird mit der Zunahme der illegalen Migration zunehmend überfordert, auch weil die europäischen Nachbarländer im Schnitt deutlich weniger Geflüchtete aufnehmen. Nach wie vor sind die im europäischen Vergleich hohen Sozialleistungen in Deutschland ein Pull-Faktor für Migration und insbesondere Sekundärmigration nach Deutschland. Laut Bundesverfassungsgericht ist eine dauerhafte Ungleichbehandlung von Asylbewerbern und Einheimischen bei der Sicherung des Existenzminimums nicht möglich, aber es bestehen dennoch weiterhin Spielräume zur Leistungsabsenkung. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten haben – fordern wir, diese Spielräume zu nutzen. Das heißt konkret unter anderem:

- Die vorrangige Ausgabe von Sach- statt Geldleistungen.
- Verlängerung der Bezugsdauer der niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 18 Monaten auf 36 Monate.
- Die Einführung einer möglichst bundeseinheitlichen Bezahlkarte als Regel.
- Solange eine Ausreisepflicht besteht und eine Ausreise tatsächlich und rechtlich möglich ist, soll nur das physische Existenzminimum (sprich: Mittel zur Deckung der lebensbedürftigen, materiellen Bedürfnisse) gewährt werden.
- Eine zweiwöchige Überbrückungsleistung nebst Reisebeihilfe für Geduldete, wenn ein Schutzstatus aus dem EU-Ausland oder einem leicht erreichbaren Drittstaat vorliegt.

BAFÖG AUF DIE HÖHE DER ZEIT BRINGEN <<<

Ziel des Bafög ist es, eine individuelle Ausbildungsförderung zu leisten. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass die Regelsätze zum Leben ausreichen und fortlaufend angepasst werden.

Mit unserem Antrag fordern wir, die Bafög-Regelsätze vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten bedarfsgerecht auszugestalten und regelmäßig durch eine unabhängige Kommission überprüfen zu lassen. Diese Kommission soll alle zwei Jahre dem Bundestag Empfehlungen zur Befassung unterbreiten. Darüber hinaus sollen die Bewilligungszeiten verlängert werden. Auch eine Vereinfachung und Beschleunigung der Bafög-Antragstellung sowie die vollständige Digitalisierung des Bafög-Antragsbearbeitungsverfahrens in Zusammenarbeit mit den Ländern sehen wir als notwendig an.

Mit unserem Antrag, der in dieser Woche abschließend beraten wird, legt die CDU/CSU konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Studentinnen und Studenten und zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren in Sachen Bafög vor. Dabei gilt: das Bafög hängt weiterhin als subsidiäre Sozialleistung von der individuellen Bedürftigkeit ab.

»»» TECHNOLOGIEOFFENER KLIMASCHUTZ IM STRASSENVERKEHR – KEIN VERBRENNERVERBOT

Wir brauchen in Deutschland eine technologieoffene, zukunftsfähige und klimafreundliche Mobilität – ohne auf Verbote von Verbrennungsmotoren zu setzen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Zukunft des klimafreundlichen Verbrennungsmotors in Deutschland dauerhaft zu sichern und dabei:

- alle verfügbaren klimafreundlichen Antriebe und Kraftstoffe zu nutzen,
- vergleichbare Maßstäbe für die Bewertung von klimafreundlichen Kraftstoffen und alternativen Antriebssystemen anzuwenden (dies umfasst auch die Berücksichtigung der gesamten CO₂-Bilanz eines Fahrzeugs über seinen Lebenszyklus hinweg).



Bildquelle: Canva.

Besuch bei Berliner Tafel

Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des “Parlamentarischen Kreises Tafel” hatte ich diese Woche die Gelegenheit, die beeindruckende Arbeit der Berliner Tafel auf dem Gelände des Großmarkts Berlin zu besichtigen.

Bei unserem Besuch konnten wir die professionellen Abläufe und das große Engagement der zahlreichen Helferinnen und Helfer hautnah erleben. Täglich engagieren sich viele Menschen in mehreren Schichten, um Lebensmittel anzunehmen, zu sortieren und für die Verteilung zu kommissionieren. Besonders beeindruckend war zu sehen, wie viel von dem, was eigentlich weggeworfen worden wäre, noch verwertbar ist und hier gerettet und sinnvoll verwendet wird.

Im Anschluss an die Besichtigung hatten wir auch die Gelegenheit, uns mit Vertretern der Tafel Deutschland und der Tafel Jugend auszutauschen. Dabei wurde deutlich, die Tafel sieht sich selbst als Unterstützungsorganisation, nicht als Versorgungsstelle.

Ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit ist auch das sogenannte “Corporate Volunteering”, bei dem Unternehmen die Möglichkeit haben, durch freiwillige Mitarbeit das Bewusstsein und die Wertschätzung für gute Lebensmittel zu stärken.



Der **Parlamentarische Kreis Tafel** ist ein fraktionsübergreifender Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten.

Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Arbeit der Tafeln zu unterstützen und politisch durch entsprechende Maßnahmen zu erleichtern und zu begleiten.

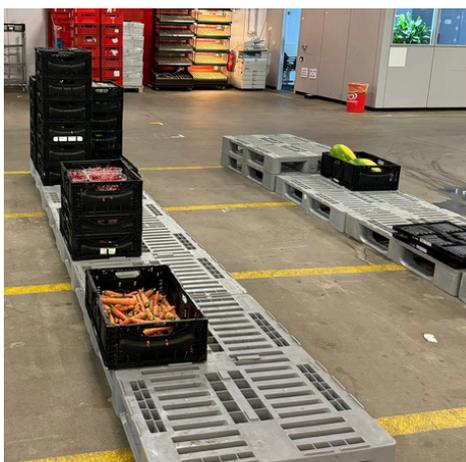
Dafür treffen wir uns in regelmäßigen Abständen und sind im stetigen Austausch mit dem Tafel Deutschland e.V.

Aktuell setzen wir uns z.B. aktiv dafür ein, dass Fahrzeuge der Tafeln in Deutschland grüne Kennzeichen erhalten und damit von der Kfz-Steuer befreit werden, um die finanziellen Belastungen durch die Fahrzeugflotten zu reduzieren.



Besonders bemerkenswert war außerdem das Engagement der Jugendlichen. Die Tafel Jugend setzt sich dafür ein, jungen Menschen eine Stimme zu geben und ihre Interessen innerhalb der Organisation zu vertreten. Dies bietet zahlreiche Möglichkeiten zur Steigerung des Engagements und zeigt, wie wichtig es ist, junge Menschen aktiv in soziale Projekte einzubinden.

Die Tafeln leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Lebensmittelrettung und -verteilung. Allein bei der Berliner Tafel werden monatlich rund 660 Tonnen Lebensmittel umgesetzt – eine beeindruckende Leistung, die ohne die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer nicht möglich wäre.



»»» CDU VERBUCHT DEUTLICHEN SIEG BEI DEN EUROPA- UND KOMMUNALWAHLEN – AUCH BEI UNS IM KREIS GÖPPINGEN

Wir freuen uns über den Wahlsieg der CDU im gesamten Bundesgebiet sowie hier im Wahlkreis. Und insbesondere darüber, dass wir im Vergleich zu 2019 im Kreis um rund vier Prozent zulegen und in einigen Gemeinden im Landkreis die 40-Prozent-Marke knacken konnten.

Die Zahlen zeigen, dass die Bevölkerung wieder mehr Vertrauen in die Arbeit der CDU hat. Diesen wachsenden Zuspruch müssen wir nutzen und ausbauen. Das wird aber nur funktionieren, wenn wir vor Ort ansprechbar sind für die Bedürfnisse der Menschen, zuhören und konstruktiv sowie gemeinsam für die anstehenden Aufgaben Lösungen erarbeiten.

Mit Sorge blicken wir auf das Ergebnis der AfD. Nach wie vor scheinen viele Bürgerinnen und Bürger ihre Unzufriedenheit mit einem Kreuz bei der AfD auszudrücken. Auch die Berichterstattung über die Alternative für Deutschland und deren Kandidaten hat scheinbar eher eine Mobilisierung in Richtung AfD bewirkt.

Im Gegenzug hat die „Angstpolitik“ der Grünen bei der Bevölkerung offensichtlich ihre Wirkung verloren. In Hochwasserlagen, wie wir sie vergangene Woche auch bei uns im Landkreis erleben mussten, hilft es nun mal nicht, wenn wiederholt vor den Auswirkungen des Klimawandels gewarnt wird. Die Menschen kommen durch solche, immer häufiger auftretende Unwetterereignisse in – teils existenzielle – Notlagen. Hier hilft nur tatkräftiges Handeln.

Auf Bundesebene arbeiten wir als CDU/CSU seit der verlorenen Wahl 2021 als größte Oppositionsfraktion konstruktiv daran, unsere Aufgaben zu erledigen. Ein erster sichtbarer Erfolg zeigt sich nun im Wahlergebnis. Wir dürfen uns aber nicht auf diesem Stimmenzuwachs ausruhen, sondern müssen diesen klaren Auftrag annehmen und weiter die bevorstehenden Herausforderungen angehen.



Bildquelle: Canva.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de